

Laibacher Zeitung.

Nr. 23.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 fr. Mit der Post ganzl. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Freitag, 29. Jänner.

Insertionsgebühr: Für kleine Inserate bis zu 4 Zeilen 25 fr., größere pr. Zeile 5 fr.; bei öfteren Wiederholungen pr. Zeile 3 fr.

1875.

Mit 1. Februar

beginnt ein neues Abonnement auf die

„Laibacher Zeitung.“

Der Pränumerationspreis beträgt für die Zeit vom 1. bis Ende Februar:

Mit Post unter Schleifen	1 fl. 25 fr.
Für Laibach ins Haus zugestellt	1 „ — „
Im Comptoir unter Couvert	1 „ — „
Im Comptoir offen	92 „
Für die Zeit vom 1. Februar bis Ende Juni:	
Mit Post unter Schleifen	6 fl. 25 fr.
Für Laibach ins Haus zugestellt	5 „ — „
Im Comptoir unter Couvert	5 „ — „
Im Comptoir offen	4 „ 60 „

Amtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 24. Jänner d. J. den Rath des böhmischen Oberlandesgerichtes Gustav Koerber zum Hofrathe bei dem Obersten Gerichtshofe allergnädigt zu ernennen geruht. *Glaser m. p.*

Der Handelsminister hat der Wahl des Karl Hilinger zum Präsidenten und des Leopold Nagel zum Vizepräsidenten der Handels- und Gewerbekammer in Klagenfurt für das Jahr 1875 die Bestätigung erteilt.

Am 26. Jänner 1875 wurde in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei in Wien das III. Stück des Reichsgesetzblattes, vorläufig bloss in der deutschen Ausgabe, ausgegeben und versendet.

Dasselbe enthält unter

Nr. 6 die Abänderung des Handelsministeriums vom 9. Jänner 1875, betreffend die Abänderung des § 13 der Concessionsurkunde vom 8. Juli 1869, R. G. B. Nr. 136, für die Lokomotivfabrik von Leoben nach Bordenberg;

Nr. 7 die Verordnung des Handelsministeriums vom 14. Jänner 1875, betreffend die Einführung der Postnachnahme (Postvorschuß) Sendungen im Verkehr zwischen Oesterreich-Ungarn einerseits, Deutschland und der Schweiz andererseits;

Nr. 8 die Verordnung des Ministers des Innern vom 20. Jänner 1875, betreffend die Abbrechung, Fortsetzung und Wiederholung der Prüfung der Aerzte und Hebammen zur Erlangung einer bleibenden Anstellung im öffentlichen Sanitätsdienste bei den politischen Behörden.

(W. Stg. Nr. 20 vom 26. Jänner.)

Nichtamtlicher Theil.

Journalestimmen vom Tage.

Zur Parlamentsverhandlung analysieren die Blätter die Debatte über die Pontebabahn. Das „Neue Fremdenblatt“ tritt entschieden gegen diese Bahn

auf, die mehr im italienischen als im österreichischen Interesse gebaut würde (?).

Mit Bezug auf den bei der Berichterstattung über die Petition der österreichischen Industriellen um Inangriffnahme des Eisenbahnbaues jüngst gefassten Beschluß des Abgeordnetenhauses plaidiert der „Tagesbote von Mähren“ dafür, daß die Eisenbahnen als Eigenthum dem Staate zufallen und findet, daß eine allseitig gerechte und befriedigende Lösung der Tarifrage und anderer Fragen nur dann zu erzielen sei, wenn die Eisenbahnen Staatseigenthum sind. Dahin sei von nun an mit aller Energie zu wirken.

Die „Gazzeta di Trento“ vermag nicht in einem Incompatibilitätsgesetze die genügende Wahrung für die Unbefangenheit der Mandatsausübung der Volksvertreter zu erblicken und ist der Ansicht, daß die Frage keineswegs eine legislatorische, sondern vielmehr eine moralische sei, indem sie glaubt, daß eine umsichtige Ueberwachung seitens der Wähler und die Untadelhaftigkeit des Charakters in den Gewählten die einzigen Mittel seien, um die bedauerlichen Folgen eines Mandatsmißbrauches zu beseitigen.

Zur Action der staatsrechtlichen Opposition schreibt man dem „Vaterland“ aus Tirol: „Je länger ich über den Vorschlag, betreffend die Aufstellung eines Schiedsgerichtes über die Frage ob Beschickung oder Nichtbeschickung des Reichsrathes, nachdenke, um so größer und bedeutender werden die Bedenken, die sich aufdrängen. Man wird dadurch ganz einfach zwischen Schylla und Charibdis hineingeworfen. Nimmt man den Vorschlag nicht an, so wird man beschuldigt, man wolle die Abgeordneten reizen und die Friedensstörung in Permanenz erhalten. Nimmt man denselben aber an, so erhält man die verkehrte Politik und die Beschickung in Permanenz. Der Vorschlag, den Abgeordneten, die im „Reichs“rathe sitzen, allein die Entscheidung zu überlassen, ob sie bleiben oder gehen sollen, ist in unserem Falle doch ein etwas gewagter. Herr co. wird wissen, daß es nicht angeht, das Urtheil in einem Prozesse einer der streitenden Parteien zu überlassen, sondern es entscheidet der Richter, entweder der Richter ex offio, oder ein von den Parteien gewählter Schiedsrichter, dessen Urtheil beide Theile sich fügen müssen. In unserem Falle gibt es einen Richter ex offio nicht, man müßte sich an einen Schiedsrichter wenden; dieser aber könnte nur sein: eine von beiden Theilen anerkannte, notorisch über den Parteien stehende Autorität im Lande, sei es nun eine einzelne Person oder ein Collegium: beide Theile hätten sich dem Urtheile zu fügen.“

Der „Pester Lloyd“ bepricht an leitender Stelle die finanziell und volkswirtschaftlich bedrängte Lage Ungarns, bezeichnet die Haltung der Deak-Partei als „zerfärrt“ und in „einzelne Elemente zerlegt.“ Wir lassen die wichtigsten Stellen aus diesem Exposé hier nachfolgen:

„Das Unheil, von welchem Ungarn bedroht ist, kennt jedermann. Es ist die leidige Geldfrage, es ist die Sorge, wie das nächste Budget zu bedecken wäre, es ist aber namentlich der Alp, welcher mit der Riesensumme der in vier bis fünf Jahren fälligen Schatzbons dem Lande aufgewälzt wurde. Die meisten hervorragenden Mitglieder der Deak-Partei haben in den letzten sieben Jahren an der Regierung theilgenommen; jeder von ihnen hatte sicher die Absicht, die Sachlage zu verbessern, und jeder hat dieselbe nur verschlimmert dem Nachfolger überlassen. Daher die stumme aber bittere Fehde, welche die Männer entzweit, die im gegenwärtigen Momente der Gefahr doppelt einig sein sollten; daher die Energie des Einzigen, der bis vor kurzem noch außerhalb der Partei gestanden, — daher die Zaghaftigkeit dieser selbst.“

Zu den politischen Träumereien einiger ungarischer Heißsporne über die Selbständigkeit Ungarns bemerkt das genannte Blatt: „Wie wird Ungarn allein jene hervorragende Stellung in Europa einnehmen können, die es gegenwärtig im Vereine mit Oesterreich unbestritten inne hat.“

Zu den projectierten Steuern gibt der „Pester Lloyd“ seiner Meinung dahin Ausdruck: „Wir halten es mit einem Worte für nicht gut möglich, das Deficit bei der gegenwärtigen Geschäftskrise und der für Ungarn so höchst ungünstigen Situation des Getreidemarktes gänzlich zu beseitigen“, und rath: „Ungarn wird zu seinem eigenen Heile aufhören müssen, alles von der Natur zu erwarten, es wird sich seinen Wohlstand durch unausgesetzte Arbeit und geregelte Thätigkeit erringen; es wird industriell werden müssen.“

Das russische Reichsbudget pro 1875

wird eben mit einem erläuternden Bericht des Finanzministers im „Regierungsanzeiger“ veröffentlicht. Es schließt, wie schon telegraphisch gemeldet, mit einem Ueberschuß von 3 1/2 Millionen Rubel ab, denn die Gesamteinnahmen betragen 559.361.193, die Gesamtausgaben 556.105.410 Rubel (der Rubel gegenwärtig gleich 1 fl. 54 bis 55 fr. ö. W.). Unter den Einnahmen figurieren die directen Steuern mit 131 1/2 Millionen, die indirecten mit 290 Millionen; etwa drei Viertel der directen Steuern bringt herkömmlich die Kopfsteuer, mehr als die Hälfte der indirecten die Getränkesteuer ein. Das Erträgnis der Regierungsregalien ist mit 23, das des Staatseigenthums mit 29 Millionen Rubel angelegt. Transkaukasien bringt 7 Millionen Rubel ein und seine Civilverwaltung kostet beinahe eben so viel. Unter den Staatsausgaben ist der größte Posten das Budget des Kriegsministeriums mit 175 Millionen, dann die Verzinsung der Staatsschuld mit 78 1/2 Millionen, das Budget des Finanzministeriums mit 69, des Ministeriums des Innern mit 51 1/2 Millionen Rubel. Das Ministerium des kaiserlichen Hofes erfor-

Feuilleton.

Ein neuer Brutus.*

Nach den Erinnerungen eines alten Soldaten von Fr. Willibald Wulff.

(Fortsetzung.)

„Herr von R“, sagte ich kalt, „ich habe die Ordre empfangen, Sie zum Commandanten der Festung zu führen. Ich ersuche Sie, mir zu folgen.“

Ohne eine Silbe zu entgegnen, erhob er sich von seinem Sessel.

„Ich bin bereit, dem Befehle des Obersten zu gehorchen“, sagte er kaum hörbar. „Kommen Sie, Herr Lieutenant.“

Ohne ein Wort mit ihm zu wechseln, führte ich ihn auf einem versteckten Wege durch kleine Nebenstraßen, welche ich durch Zufall kennen gelernt hatte, nach der Behausung des Festungscommandanten. Auf der Treppe des Hauses trat uns ein höherer Offizier entgegen und nahm meinen Begleiter in Empfang.

Ich kehrte zu dem Obersten zurück und stattierte ihm Bericht über meine Sendung ab. Der alte Soldat ließ mich den ganzen Tag nicht mehr von seiner Seite und als ich abends verabschiedet wurde, mußte ich ihm noch einmal versprechen, keinen der Kameraden in das Geheimnis einzuweihen.

* Vergl. Nr. 21 d. St.

Mehrere Tage waren vergangen und noch war die Antwort nicht eingetroffen. Inzwischen hatte sich unter dem Offiziercorps unseres Regiments die Nachricht verbreitet, daß R in der Stadt sei. Tadelnde Stimmen wurden laut. Man verlangte, daß R vor ein Kriegsgericht gestellt werde. Vergeblich versuchte ich die aufgeregten Gemüther zu beschwichtigen. Auch der Oberst legte sich ins Mittel, aber nichts wollte helfen. Der Sturm war nicht mehr zu beschwören.

Einmüthig verlangten die Offiziere unseres Regiments Rs Verurteilung und erklärten in energischer Weise, nicht länger dienen zu wollen, wenn er nicht sofort cassiert würde. Es half nun nichts mehr, daß der Oberst die höheren Offiziere im geheimen mit seinen Plänen bekannt machte und ihnen die Gründe seiner Weigerung auseinandersetzte, sie bestanden auf ihrer Forderung.

Während dieser Zwiespalt die Gemüther heftig bewegte, zog von draußen her ein schweres Ungewitter gegen uns heran. Schon früher war das Gerücht in die Stadt gedrungen, daß ein Theil der französischen Armee unter dem Marschall Ney im Anmarsch sei. Dieses Gerücht wurde jetzt zur Gewissheit; denn in Schaaeren flüchteten die Bewohner der umliegenden Dörfer in die Festung und baten den General von Kleist, Magdeburgs Commandanten, um Aufnahme und Schutz. Sie erzählten schreckliche Dinge von der Zerstörungswuth der siegreichen Eroberer. Der General ließ Vorbereitungen zur Verteidigung treffen und zeigte einen rühmlichen Eifer in seinen Anordnungen. Damals stand er bei uns allen

in großem Ansehen, er war geliebt und geachtet von allen Offizieren und Soldaten. Aber wie schnell büßte er dieses Ansehen ein, wie schnell schwand die allgemeine Achtung, als er wenige Tage nach unserem Abmarsch die geschloßte und reich verproviantierte Festung dem Marschall Ney fast ohne Schwertstreich übergab.

Wir Offiziere hatten damals im Gasthause „zum Adler“ unser Quartier aufgeschlagen. Abends kamen wir hier zusammen und suchten bei einem Glase Bier oder Wein Entschädigung für die Mühen und Lasten des Tages. Das Gasthaus lag in einer der Hauptstraßen der Festung und wurde zu der Zeit fast ausschließlich von Offizieren besucht.

Es war am Abend des 27. Octobers. Eine zahlreiche Gesellschaft von Offizieren unseres Regiments hatte sich in dem Gasthause zusammengefunden. Ich kam etwas später als gewöhnlich und traf die Kameraden in einem eifrigen Gespräch an über die neuesten Tagesverhältnisse und über die Nachrichten, welche aus dem Hauptquartiere eingelaufen waren. Als ich in das Gastzimmer trat, fiel mein erster Blick auf einen ältlichen Mann in schlichter schwarzer Kleidung, welcher, abgesehen von den übrigen Gästen, hart an der Thür saß und mir den Weg versperrte. In höflicher Zone ersuchte ich ihn, mir Platz zu machen. Er richtete sich empor, um mich passieren zu lassen; dadurch hatte ich Gelegenheit, ihn genauer ins Auge zu fassen. Seine stolze Haltung und die Sicherheit seiner Bewegungen verriethen mir auf der Stelle den Soldaten. Er hatte ein wahrhaft ehrfürchtgebietendes Aeußere, dieser Fremde, dessen Zuge mir so bekannt er-

der gegen 9, das des Auswärtigen 2 $\frac{1}{2}$, das der Reichsdomänen 19 $\frac{3}{4}$, das der Volksaufklärung 14 $\frac{1}{2}$, das der Justiz 12, das der Communicationen 17 $\frac{1}{2}$, das Marineministerium 25 Millionen Rubel. Zu „Zahlungen auf Eisenbahn-Obligationen“ (Eisenbahnsubventionen) sind 28 Millionen, für außerordentliche Eisenbahn- und Hafenbauten 8 Millionen Rubel angesetzt, auch ist auf einen Ausfall der directen Steuern im Betrage von 4 Millionen Rubel Bedacht genommen und diese Summe in die Ausgaben eingestellt.

Politische Uebersicht.

Kaisbach, 28. Jänner.

Ueber eine neue Monarchen-Entrevue, die im kommenden Frühjahr in Rom stattfinden soll, wird dem „Berliner Tagblatt“ aus Rom folgendes geschrieben: „Von verschiedenen Seiten wird bestätigt, daß eine neue Zusammenkunft Victor Emanuels mit dem Kaiser von Deutschland, wie mit dem Kaiser von Oesterreich bevorsteht und zwar mit dem Eintreten der wärmeren Witterung, wermöglich bereits Ende März. Bei der hiesigen deutschen Gesandtschaft sind Nachrichten eingelaufen, welche die Absicht des Kaisers Wilhelm, dem König von Italien einen Gegenbesuch in Rom zu machen, außer Zweifel stellen. Es ist bereits Befehl erteilt, die Gemächer, die der Kaiser bewohnen wird, instand zu setzen.“

Am 25. d. fand in Budapest ein Ministerrath statt, in welchem die ungarische Regierung über das Verhalten und Vorgehen in der Budgetdebatte schlüssig geworden sein soll. — Im ungarischen Abgeordnetenhaus interpellirte Molnar wegen der noch immer nicht erfolgten Vorlage der Schlussrechnungen vom Jahre 1873. — Auf eine Interpellation Simonji's erklärte der Justizminister, daß die Maßnahmen der Regierung in der Wucherfrage bereits im wesentlichen festgestellt und demnächst unterbreitet werden.

Der spanische Gesandte in Wien erbat sich eine Privataudienz, um Sr. Majestät dem Kaiser ein Handschreiben Alfonso's, welches dessen Thronbesteigung notificiert, zu überreichen. Die Audienz wird demnächst stattfinden. — Nach berliner Telegrammen der „Schlesischen“ und „Allgemeinen Zeitung“ soll England bezüglich der Anerkennung des Königs Alfonso Schwierigkeiten machen und vorherige Zustimmung der Cortes verlangen. — Die Truppenbewegungen zur Entsehung Pampelona's lassen für Samstag eine große Schlacht erwarten. Sämtliche Truppen haben Peralta verlassen. — General Prima de Rivera ist zum Commandanten des zweiten Corps der Nordarmee ernannt. In der Provinz Castellon haben sich im Laufe dieses Monats 600 Carlisten unterworfen. Aus Estella entwichen carlistische Soldaten versichern, daß Don Carlos mehrere Offiziere und Unteroffiziere, welche des Verrathes angeklagt waren, erschossen ließ. — Der Obercommandant der Nordarmee versprach allen Carlisten Amnestie, welche sich vor dem 31. Jänner unterwerfen werden.

In der rumänischen Kammer stellte der Deputierte Joneanu eine Interpellation über die Affaire Mavrogheeni-Osenheim, in welcher er das gesamte Ministerium angriff. Die Interpellation rief eine heftige Debatte hervor, an welcher sich mehrere Minister, der Deputierte und frühere Minister Mavrogheeni und die Koryphäen der Opposition beteiligten. Die Kammer erklärte sich schließlich durch die von Mavrogheeni gegebenen Aufklärungen zufriedengestellt und ging zur Tagesordnung über.

Die Linke im dänischen Folketing beantragte, daß das Folkething eine Commission niedersetze, um über die künftige Stellung Dänemarks dem Auslande gegenüber Aufschlüsse seitens der Regierung zu veranlassen. Der Conseilspräsident hatte bereits bei der Berathung der Forderungen für die Armee erklärt, daß der Minister des Auswärtigen bereit sei, Aufklärungen zu geben. In Abgeordnetenkreisen glaubt man, daß derselbe voraussichtlich nur bekanntes mittheilen könne.

Ein Artikel des „Reichsanzeigers“ bespricht die Verhältnisse der griechisch-unierten Kirche in Rußland und führt aus, daß die Opposition des lateinischen Klerus und die päpstliche Encyclica nur die Wirkung gehabt hätten, daß 45 Kirchspiele mit 26 Geistlichen und 50.000 Eingepfarrten freiwillig zum griechischen Ritus zurückkehrten.

Eine Depesche aus Utschin vom 15. Jänner meldet, daß die Holländer die nördliche Spitze von Missigit Longbattay ohne Verlust besetzten. Der Gesundheitszustand der Truppen ist minder günstig.

Die Budgetvorlage ist dem washingtoner Congresse zugegangen. Der Schatzsecretär schlägt die Vermehrung der Einnahmen durch Wegfall der im Jahre 1872 eingeführten zehnprozentigen Zollherabsetzung auf Eisen und Stahl und durch Besteuerung von Thee, Kaffee und anderen bisher steuerfreien Artikeln vor.

Land- und forstwirtschaftliche Institutionen.

Das Ackerbauministerium hat zur Ausführung der von dem ersten internationalen Congreß der Land- und Forstwirthe gefaßten Beschlüsse die Regierungen des deutschen Reiches, Großbritanniens u. um eine Aeußerung über den bisherigen Stand der landwirtschaftlichen und forstlichen Versuchswesen betreffenden Institutionen sowie der Schutzwaldungen ersucht. Die bisher eingegangenen Antwortschriften enthalten ein höchst instructives Material.

Im deutschen Reiche ist, was die Agrarstatistik anbelangt, am weitesten die Ermittlung der Viehhaltung vorgeschritten. Es würde ein Schema dafür entworfen und nach den darin zum Ausdruck gelangten Grundsätzen bereits 1873 die erste periodisch auszuführende Aufnahme vollendet. Für die nächste Zukunft und zwar zum erstenmale für das Jahr 1877 geplant ist die jährliche Ermittlung der Bodenbenützung nach bereits festgestellten Formularen. Als Organe für die Erhebungen sind in erster Linie die Ortsbehörden, die landwirtschaftlichen Gesellschaften aber nur in zweiter Linie, nemlich bezüglich wesentlicher Mitwirkung in Aussicht genommen. Die Forststatistik befindet sich im Stadium der Vorbereitung, die eben mit allem Eifer in Angriff genommen und bis zum Entwurfe sehr eingehender Tabellen schemem gediehen ist. Die kais. deutsche Regierung erklärt sich bereit, über dort noch nicht entschiedene Fragen der land- und forstwirtschaftlichen Statistik sowie über die Perioden, in denen verschiedene Aufnahmen sich wiederholen sollen, mit der k. k. Regierung ins Benehmen zu treten. Die Fragen inbezug auf das landwirtschaftliche Versuchswesen und den Waldschutz hat die deutsche Regierung an die einzelnen Landesregierungen, in deren Competenz die Fragen gehören, geleitet und wird dieselbe die Beantwortung an die k. und k. Regierung übernehmen.

In Großbritannien werden ausführliche Ausweise über die Ausmaße des in Kultur befindlichen Landes sowohl als auch der einzelnen Ackerlandskulturen verfaßt; Erhebungen der Erträge bestehen aber weder, noch

sind dieselben in Aussicht genommen. Weiter wird der Viehstand nach seinen verschiedenen Kategorien regelmäßig erhoben, doch wird nicht angegeben, in welchen Perioden dies geschieht. Bezüglich der das Forstwesen betreffenden Fragen wird mitgeteilt, daß dieselben für das Land nahezu gegenstandslos seien, da größere Forste dort nicht bestehen. Die Mitwirkung an internationalen Versammlungen hat die englische Regierung bezüglich keiner der vorgelegten Fragen zugefagt.

In der Schweiz sind die Arbeiten zur Beschaffung einer Arealstatistik oder eines Katasters noch lange nicht beendet, obwohl dieselben bereits seit längerer Zeit mit Eifer betrieben werden und das Bedürfnis darnach eben jetzt von der Bundesregierung sehr lebhaft gefühlt wird. Zu internationalen Vereinbarungen wird die Bundesregierung bereitwillig die Hände bieten, anerkennt sehr bestimmt das Bedürfnis derselben und macht als für sie wichtigsten Gegenstand die scharfe Begrenzung der wichtigsten Begriffe von Arealbezeichnungen namhaft.

Auf dem Rütli bei Bern besteht seit 1865 eine chemische Versuchsstation (in Verbindung mit der schon seit 1860 bestehenden Ackerbauschule daselbst) und im Thun eine Milchversuchsstation; außerdem wurden von landwirtschaftlichen Vereinen mehrere alpenwirtschaftliche Versuchsstationen ins Leben gerufen. Für die nächste Zukunft beabsichtigt die Bundesregierung die landwirtschaftliche Schule am Polytechnicum so auszustatten, daß sie die Leitung des landwirtschaftlichen Versuchswesens in der Schweiz übernehmen kann, und außerdem eventuell die zu errichtende chemische Versuchsstation finanziell zu unterstützen.

Die Forstverwaltung des Cantons Bern hat im Jahre 1868 drei forstlich meteorologische Stationen zu Interlaken, Bern und Bruntrut errichtet und der schweizerische Forstverein durch Aufforstungsversuche im Hochgebirge, Anbauversuche mit exotischen Holzarten und Anbahnung der Zuwachsermittlungen das Gebiet des forstlichen Versuchswesens betreten; die Bundesregierung hat die Forstschule am schweizerischen Polytechnicum so eingerichtet, daß sie als eine natürliche Centralstelle für das forstliche Versuchswesen fungieren kann. Bestimmte Maßnahmen für die nächste Zukunft sind in dieser Richtung nicht in Aussicht genommen, doch wird die Bundesregierung bei jeder Gelegenheit das forstliche Versuchswesen fördern.

Durch das Bundesgesetz vom Jahre 1871 wurde im Interesse des öffentlichen Wohles nicht nur die Gesetzgebung im Forstwesen, welche bis dahin Sache der Cantone gewesen war, in die Competenz der Bundesregierung übernommen, sondern wurden auch die bisher durch Beiträge des Bundes zu stande gekommenen Unternehmungen zum Schutze gegen Wasserverheerungen, nemlich Aufforstungen und Verbaumung von Wildbächen, unter Leitung des Bundes gestellt. Außerdem hat der Bund die Verbindlichkeit übernommen, die weitere Correction und Verbaumung der Wildwässer und die Aufforstung der Quellgebiete zu unterstützen. In der nächsten Zukunft wird die Bundesregierung Gesetze über Wasserbau und Forstpolizei im Hochgebirge ausarbeiten und die Zone abgrenzen, welche den diesfälligen gesetzlichen Bestimmungen unterstellt werden soll. Die Bundesregierung erklärt sich schließlich bereit, bei einer internationalen Behandlung der das land- und forstwirtschaftliche Versuchswesen so wie den Forstschutz betreffenden Fragen mitzuwirken, eventuell internationale Versammlungen, welche die in Rede stehenden Fragen behandeln wollen, zu beschicken.

schienen, ohne daß ich mich erinnern konnte, wo und wann ich sie gesehen haben könnte. Er konnte wohl fünf- bis sechszig bis achtundfünfzig Jahre alt sein, denn seine Haupt- und Barthaare waren schon stark mit grau untermischt. Der Bau seines Oberkörpers verrieth eine ungewöhnliche Muskelkraft und in dem offenen Blick seiner großen dunklen Augen strahlte das Feuer eines edlen, stolzen Geistes. Ein Ausdruck tiefer Schwermuth lag auf seinem Antlitz, welches die Spuren heftiger Stürme trug, die an ihm vorübergegangen waren, ohne ihn sichtlich gebeugt zu haben. Düstern starrte er vor sich nieder. Als ich ihn bat, mir Platz zu machen, traf mich sein Auge mit einem Blick, der mir tief in die Seele drang. Ich ahnte, daß ein Mann vor mir stünde, welcher weit emporragte über die meisten seiner Nebenmenschen. Fast unwillkürlich und von einer seltsamen unerklärlichen Bewegung erfaßt, neigte ich mein Haupt. Er schien nicht darauf zu achten, denn er setzte sich wieder an den Tisch und war gleich darauf wieder in Nachdenken versunken. Ich wagte nicht, ihn zu stören, obschon meine Neugierde ihren Gipfel erreicht hatte. Ich beschloß jedoch, ihn keinen Moment außer Acht zu lassen und hoffte vielleicht später eine Gelegenheit zu finden, mit ihm bekannt zu werden. In der ersten halben Stunde verfolgte ich meinen Vorsatz mit Beharrlichkeit und nahm nur geringen Antheil an der Unterhaltung meiner Kameraden. Nach dem Verlauf dieser Zeit aber begann mir das Späheramt nachgerade langweilig zu werden, ich mischte mich ins Gespräch und war bald so sehr davon in Anspruch genommen, daß ich vergaß, was ich mir vorgenommen hatte und kaum mehr an den Fremden dachte. Wir hatten schon geraume Zeit beisammen ge-

essen und uns wacker herumgestritten, als ein mir engbefreundeter jüngerer Kamerad dem Gespräche eine andere Wendung gab. Er fragte nemlich:

„Sage mir, Tonnendorf, wie stehts denn eigentlich mit R... 's Angelegenheit?“

Der Oberst hatte mich längst schon meines gegebenen Versprechens entbunden, aber dessenungeachtet war mir jede Erinnerung an jenes unglückselige Ereignis im höchsten Grade peinlich. Ich gab daher eine ausweichende Antwort.

„Ist noch immer keine Antwort des Generals eingetroffen?“ fragte ein anderer, „du bist ja die rechte Hand des Obersten und genau in die ganze Sache eingeweiht.“

Ich ließ es merken, daß ein längeres Gespräch über diesen Gegenstand mir peinlich sei, aber man schien nicht darauf achten zu wollen und wider Willen mußte ich Rede stehen.

„Das ist doch seltsam“, sagte ein junger Kamerad, welcher neben mir saß, „daß der General nicht geantwortet hat.“

„Der Brief kann verloren gegangen sein“, entgegnete ich, „denn die Verbindung mit dem Hauptquartier ist schon seit längerer Zeit gänzlich unterbrochen. Wie leicht kann nicht ein feindliches Streifcorps den Boten aufgefangen haben.“

„Tonnendorf“, rief ein anderer, indem er sich mit ernster Miene gegen mich wandte, „schenke uns reinen Wein ein. Was gedenkt der Oberst mit R... zu beginnen?“

„Frag' ihn selber“, entgegnete ich unwillig, „wenn du die Zeit nicht abwarten kannst.“

„Hat er wirklich nichts zu dir davon verlauten lassen?“

Ich konnte mit gutem Gewissen „Nein“ erwidern, obgleich der Oberst, welcher große Stücke auf mich hielt, mir sonst wohl einen Blick in seine Pläne und Entwürfe gestattet, so hatte er doch nach jener Zeit mit mir nicht wieder über R... gesprochen und ich hatte mich auch wohlweislich gehütet, ihn an den Unglücklichen zu erinnern, da ich seine Anschauungen über dergleichen Dinge genau kannte.

Die Kameraden schienen jedoch durch meine Antwort nicht zufriedengestellt zu sein, denn sie hörten nicht auf, mit Fragen in mich zu dringen. Vergeblich versuchte ich dem Gespräch eine andere Wendung zu geben, aber es war, als wenn der Teufel sein Spiel hätte, denn ich konnte sie nicht los werden und mußte mich, wenn ich nicht Anlaß zu ernstern Streitigkeiten geben wollte, geduldig in mein Schicksal fügen. Die unselige Flucht wurde bis in die kleinsten Einzelheiten noch einmal besprochen. Daß es dabei scharf herging und nicht fehlte an bitteren, harten Ausfällen, könnt ihr Euch wohl denken. Fast alle Anwesenden kamen endlich überein, dem Obersten in energischer Weise vorzustellen, daß ein längeres Zögern beleidigend für das Offiziercorps des ganzen Regiments sein würde. Die Nothwendigkeit erheischte R... 's Ausstoßung aus der preussischen Armee. Ich bemühte mich, die aufgeregten Gemüther zu besänftigen und sie auf die Entscheidung des Generals zu ver- trösten, aber ich redete tauben Ohren.

(Fortsetzung folgt)

Prozeß Ofenheim.

Se. Exc. der Herr k. k. Handelsminister Banhans richtete unterm 24. d. an das k. k. Landesgericht in Wien (in Straßaden) als Schwurgerichtshof in der Anklage sache gegen Victor Ritter v. Ofenheim folgende Eingabe.

„In der Schwurgerichtsverhandlung gegen den gewesenen Generaldirector der k. k. priv. Lemberg-Czernowitzy-Jassy-Eisenbahngesellschaft, Ritter von Ofenheim, sind über mein amtliches Verhalten gegen den Angeklagten und die Bahngesellschaft, deren Generaldirector er war, Insinuationen vorgebracht worden, welche bezwecken, der Meinung Eingang zu verschaffen:

- I. daß bis zu meinem Amtsantritt gegen die bezeichnete Bahngesellschaft keine erheblichen Klagen vorlagen und ernste Maßnahmen erst von mir ergriffen wurden;
- II. das Motiv zu meinem Einschreiten liege lediglich in Schädlichkeit gegen den Angeklagten, welche zum Grunde habe:

1. Die in einer zwischen mir und ihm in meinem Bureau gepflogenen Unterredung seinerseits hervorgetretene Missbilligung meiner handelspolitischen Pläne,
2. eine von mir an ihn erfolglos gerichtete Aufforderung sich an dem sogenannten Chabrus zu beteiligen,
3. die Ablehnung einer ihm angebotenen Concession;

- III. es sei von mir in Aussicht gestellt worden, durch den Rücktritt Ofenheims werde die angebrohte Sequestration der Lemberg-Czernowitzy-Jassybahn abgewendet werden.

Hierüber beehre ich mich, folgende amtliche Erklärungen abzugeben:

ad I. Zur Beleuchtung der unter I erwähnten Behauptung genügt die Ausführung der folgenden That sachen:

Die Uebelstände, welche bei der Lemberg-Czernowitzy-Jassy-Bahn wahrgenommen wurden, sind nicht lange nach Beginn der Bau-Ausführung in wiederholten Interpellationen im Reichsrathe gerügt und zum Gegenstande von Anfragen an die Regierung gemacht worden, wie dies aus der von Leo Grafen Thun und Genossen am 24. Februar 1867 im Herrenhause und aus der am 14. Mai 1868 von Eudogius v. Hornmuller im Abgeordnetenhause eingebrachten Interpellation hervorgeht. Als infolge des Einsturzes der Pruthbrücke nächst Czernowitzy die Aufmerksamkeit der Reichsovertretung neuerdings auf die Verhältnisse der Lemberg-Czernowitzy-Bahn gelenkt worden war, wurde vom Herrenhause am 18. Mai 1868 die Resolution beschloffen, „der Regierung eine strengere Ueberwachung des Eisenbahnbaues in der Erwägung zu empfehlen, daß es schon „aus öffentlichen Rücksichten zu den besonderen Pflichten „der Regierung gehöre, bei der Ausführung des Eisenbahnbaues dessen zweckmäßige und solide Construction „zu überwachen, in welcher Beziehung in der letzten Zeit „nicht allseitig entsprochen worden zu sein scheint, wofür „die Katastrophe an der Czernowitzy-Pruthbrücke einen „kaum widerlegbaren Beweis liefere.“

Auffällige Unzulänglichkeiten beim Baue und Betriebe der Lemberg-Czernowitzy-Bahn gaben der Regierung bereits nach kurzem Zeitverlaufe Anlaß zu ein dringlicherer Handhabung der vom Herrenhause empfohlenen schärferen Ueberwachung.

Schon der Handelsminister v. Plener war in dem Falle, behufs Herstellung eines ordnungsmäßigen Zustandes der Bahn, insbesondere auch inbezug auf die Abwehr von Wassergefahren an den Verwaltungsrath der Bahngesellschaft mittelst der Erlasse vom 11. November, dann vom 12. und 26. Dezember 1869, Z. 21582, 18262 und 22760, wiederholt Mahnungen und Aufträge ergehen zu lassen, deren Nichtbefolgung aus der späteren Erneuerung derselben erhellt. Der zuletzt bezogene Erlaß enthält wörtlich den nachstehenden Passus:

„Das Handelsministerium sieht sich demnach veranlaßt, dem Verwaltungsrathe unter Hinweis auf § 12 „der Verordnung des Handelsministeriums vom 14. September 1854, R. G. Bl. 238, die genaueste Einhaltung der mit dem h. o. Erlasse vom 11. November „d. Z. 21583, als notwendig anerkannten Vorsichtsmaßregeln, sowie der von der k. k. Generalinspektion „der österr. Eisenbahnen im eigenen Wirkungskreise getroffenen Anordnungen vom 16. Dezember d. Z. „Z. 3996, mit allem Nachdrucke anzurufen.“

Der in diesem Erlasse citirte § 12 der Verordnung des Handelsministeriums vom 14. September 1854, R. G. Bl. 238 (d. i. des Eisenbahn-Concessionsgesetzes) lautet wörtlich:

„Wenn die Eisenbahnunternehmung ungeachtet wiederholter Ermahnung die Anordnungen der vorgesetzten Behörden nicht befolgen oder wesentlichen Bestimmungen der Concessions-Urkunde oder der Eisenbahnbetriebsordnung zuwiderhandeln sollte, so kann das Handelsministerium die Sequestration der concessionirten Eisenbahn auf Gefahr und Kosten der Betriebsunternehmung anordnen.“

Aus der Berufung auf diesen Paragraph des Eisenbahnconcessionsgesetzes geht hervor, daß die Sequestration dieser Bahn zum erstenmale schon im Jahre 1869 vor dem damaligen Handelsminister v. Plener,

dem Verwaltungsrathe der Lemberg-Czernowitzy-Jassybahn-Gesellschaft angedroht worden ist.

In gleicher Weise war auch für dessen Nachfolger im Amte, dem damaligen Leiter des Handelsministeriums Freiherrn von Bretis die Nothwendigkeit geboten, auf die Herbeiführung geordneter Zustände im Baue und Betriebe der Lemberg-Czernowitzy-Jassybahn mit Mahnungen und Aufträgen schärfster und einschneidendster Art hinzuwirken. So sah sich Freiherr v. Bretis durch die Ergebnisse der in der Zeit vom 23. Februar bis 15. März 1870 durchgeführten technisch-administrativen Untersuchung der Bahn veranlaßt, mittelst Erlasses vom 8. Mai 1870, Z. 8022, der Lemberg-Czernowitzy-Eisenbahngesellschaft unter Androhung der durch die Eisenbahnbetriebsordnung und das Concessionsgesetz gebotenen gesetzlichen Mittel aufzutragen, die zahlreichen, zum großen Theile sehr erheblichen Mängel und Uebelstände im Baue und Betriebe, sowie in der Administration der Lemberg-Czernowitzy und Czernowitzy-Jassy-Bahn auf das schnellmögliche zu beheben.

Zugleich wurde die Vorlage der Instruction für die Berechnung der Betriebseinnahmen und Ausgaben zwischen den österreichischen und rumänischen Linien gefordert und die Nichtbefolgung der Handelsministerial-Erlasse vom 11. November 1869, Z. 21583, vom 12. Dezember 1869, Z. 18262, und vom 26. Dezember 1869, Z. 22760, gerügt.

Hiermit wurde dem Verwaltungsrathe zum zweitenmale die Sequestration der Bahn angedroht.

Der mangelhafte Vollzug der mit dem Erlasse vom 8. Mai 1870, Z. 8022, ertheilten Aufträge führte dazu, daß dieselben mit dem Erlasse vom 25. Juni 1870, Z. 11949, erneuert wurden. Gleichwohl wurde diesen Aufträgen seitens der Gesellschaft nicht entsprochen, denn noch in demselben Jahre mußten anlässlich vorgekommener Verkehrsunterbrechungen und auf Grund der hierüber gepflogenen amtlichen Erhebungen in rascher Aufeinanderfolge, nemlich mit den Erlassen vom 28. November 1870, Z. 23367, und vom 5. Dezember 1870, Z. 18712, neuerliche Weisungen wegen Herbeiführung eines entsprechenden Bauzustandes an die Gesellschaft hinausgegeben werden.

Desgleichen wurden mittelst der Erlasse vom 1. Juli und 26. November 1870, Z. 12981 und 19078, die an den Fahrbetriebsmitteln constatirten Mängel gerügt und deren Behebung gefordert.

Weitere Verfügungen des Freiherrn v. Bretis bezogen sich auf die Abstellung wahrgenommener Mängel der gesellschaftlichen Administration, in welcher Hinsicht auf Grund eingehender dem Erlasse vom 8. Mai 1870, Z. 8022, nachgefolgter Erhebungen unterm 24. Dezember 1870, Z. 24100, die zur Abhilfe einzuschlagenden Wege angedeutet und einschlägige Aufträge ertheilt wurden.

(Fortsetzung folgt.)

Tagesneuigkeiten.

— (Wahlbestätigung.) Se. Majestät der Kaiser haben die Wahl des Dr. Matthäus Reiser zum Bürgermeister der Stadt Marburg zu bestätigen geruht.

— (Die Centralcommission für die Regelung der Grundsteuer) hat sich nach ihrer zweiten Sitzung vertagt. Sie wird wieder zusammentreten, sobald das Revisions-Kämmerer-Comité in der Lage sein wird, über das vom Finanzminister vorgelegte Exposé bezüglich des Standes der bisherigen Arbeiten für die Grundsteuer-Regulierung Bericht zu erstatten.

— (Der Grillparzer-Verein), der sich als wiener Localcomité für die Errichtung eines Walter-Deuttmals in Bogen constituirt hat, feierte sein diesjähriges Grillparzer-Fest am 23. d. M. im Hotel „Union“ zum Besten des genannten Deuttmalfonds. Eingeleitet wurden die Productionen mit einem Prologe von Gernonik, vorgetragen von Dr. Kanitz, und einer Festrede von P. v. Radics. Das Fest schloß mit einem Tanzkränzchen.

— (Zur Naturforscher-Versammlung.) Die beiden Geschäftsführer der 48. Versammlung deutscher Naturforscher und Aerzte in Graz, Professor Dr. Kollet und Professor Dr. v. Reball haben eine Anzahl von dortigen Persönlichkeiten zu einer heute Freitag abends 8 Uhr im „Hotel Florian“ stattfindenden Versammlung eingeladen. Auf der Tagesordnung dieser Versammlung stehen folgende Gegenstände: 1. Darlegung über die Naturforscher-Versammlungen im allgemeinen und Bericht der Geschäftsführung über die bisher getroffenen Einleitungen. 2. Aufforderung an die Anwesenden, sich in die Liste für einen der vier zu bildenden Ausschüsse: wissenschaftlicher, Fest-, Finanz- und Wohnungs-Ausschuß, einzuschreiben. 3. Conditurierung der Ausschüsse durch Wahl der Obmänner und Obmanns-Stellvertreter. 4. Zusammentreten des Centralausschusses, bestehend aus dem Herrn Bürgermeister oder dessen Stellvertreter, den beiden Geschäftsführern, den Obmännern und den Obmanns-Stellvertretern der vier Ausschüsse.

— (Eine kühne Gebirgspartie.) Aus Palsau (Steiermark) wird geschrieben: Graf Hanns Wilczek (der bekannte Auktor und Förderer der österreichisch-ungarischen Nordpol-Expedition) unternahm vorige Woche von der Wildalpe (Steiermark) aus mit mehreren hohen Persönlichkeiten unter Führung von Jägern seines Jagdbreviers die gewagte Fußpartie nach Rothwald über den Treimel (blos Sommer-Übergang) nach Steinach (Niederösterreich). Obwohl mit schweren Hindernissen kämpfend, da der Schnee fest gefroren war und thalabwärts Abrutschungen zu fürchten waren, kam die Gesellschaft doch glücklich im Gast-

hause des Herrn Reichenspader in Gßling an. Bei dem im heutigen Winter in unserem hohen Gebirge so wasserhaft liegenden Schnee ist dieses Unternehmen immerhin ein kühnes zu nennen.

— (Eisenbahnverkehr.) Im Monate Dezember 1874 wurden auf den im Betriebe stehenden österreichisch-ungarischen Eisenbahnen bei einer Gesamtstrecke von 2100-28 Meilen im ganzen 2.434.543 Reiseude und 57.227.997 Zollentner Frachten befördert und hiefür eine Gesamteinnahme von 14.319.134 fl. erzielt.

— (Geographen-Congress.) Auf Wunsch vieler auswärtiger wissenschaftlicher Gesellschaften und einzelner Gelehrter und wegen der großen Zahl von Anmeldungen auszuwählender Objecte ist die Eröffnung der geographischen Ausstellung in Paris auf den 15. Juli und jene des Congresses auf den 1ten August d. J. verschoben worden.

— (Für Typographen.) Ueber eine neue Setzmaschine, deren Erfinder ein Herr Millar in London ist, wird der „Dietrich Buchdrucker Zeitung“ geschrieben: „Die Maschine ist merkwürdig einfach und diese Einfachheit wurde erreicht durch die Beibehaltung des Principes der directen Action (?) in ihrem Mechanismus. Es wird dadurch eine außerordentliche Schnelligkeit im Arbeiten erzielt, eine weitans größere als bei anderen Setzmaschinen, mit Ausnahme jener des Herrn Macie in Worington, bei welcher jedoch Dampfkrast angewendet wird, die aber so theuer ist, daß an eine allgemeine Einführung derselben nicht gedacht werden kann. Jedweder Setzer kann nach Uebung von wenigen Stunden 4000 Typen per Stunde setzen; die schließlich erlangte Schnelligkeit hängt von der Geschicklichkeit des Arbeitenden ab. Das Umbrechen der Zeilen in Columnen wird apart von der Maschine (?) bewerkstelligt und kann, wann immer nach dem Setzen vorgenommen werden. Die Maschine ist für den gewöhnlichen Satz anwendbar. Der vollständige Preis der Maschine beträgt 25 Pfund Sterling. Dabei wäre sie frei von gebrechlichem und complicirtem Mechanismus und nützt die Typen nicht mehr ab als beim gewöhnlichen Setzen.“

— (Wissenschaftliche Expedition.) Die von der britischen Regierung ausgerüstete und von Lockyer geleitete Expedition zur Beobachtung der am 6. April eintretenden Sonnenfinsternis tritt anfangs Februar die Reise an. Die Expedition begleiten Janssen, Vogel und Tschini als Vertreter Frankreichs, Deutschlands und Italiens; Zweck derselben ist namentlich, photographische Aufnahmen der Sonnen-Atmosphäre zu machen. Die Aufnahmen werden wahrscheinlich in vier Stationen, auf den nicobarischen Inseln, den Bentind-Inseln, den Mergui-Inseln und in Siam gemacht werden.

— (Große Kälte.) In St. Petersburg stieg im Laufe der vorigen Woche die Kälte bis auf 22 Grad Reaumur und wurde aus diesem Grunde in den meisten Lehranstalten mit dem Unterrichte ausgelegt.

Locales.

Zu den Handelskammerwahlen

bringt die gräzer „Tagespost“ folgende Correspondenz aus Laibach, 24. Jänner:

„In unserer slowenischen Presse wiederholt sich jetzt das Schauspiel, das wir nach jeder Niederlage der vereinigten nationalen Parteien erleben. Nachdem die Handelskammerwahlen trotz der leidenschaftlichen und gemeinschaftlichen Agitation der Alt- und Jungslowenen im Sinne der Verfassungspartei ausgefallen sind, sucht nach der Wahl jede der beiden Fractionen in ohnmächtiger Wuth die Schuld des Misserfolges von sich abzuwälzen.“

Der „Slovenec“ bemüht sich mit dem Nachweise, daß nur die Jungslowenen, welche den Zwist im nationalen Lager fortwährend schüren, die Niederlage zu verantworten haben, und der „Slov. Nar.“ wieder klagt die Klericalen einer zu geringen Thätigkeit an, und diese journalistische Polemik dürfte sich wohl abermals von Tag zu Tag schärfer und leidenschaftlicher gestalten, bis neue Wahlen abermals zu vereinten Anstrengungen gegen das so sehr gehäßte Deutschthum veranlassen. Die Wahrheit erkennen aber weder die Gelehrten des „Slovenec“ noch des „Slov. Nar.“, daß das Volk weder an den Tendenzen der einen noch der andern Fraction viel Gefallen findet und die Sympathien für die Sache der Verfassung immer mehr um sich greifen.

Der heutige „Slov. Nar.“ droht den Klericalen neuerdings, daß die Jungslowenen das Bündnis mit den „Alten“ ganz aufgeben würden, denn die „Jungen“ wollen als „ebenbürtige und nicht als untergeordnete Bundesgenossen“ behandelt sein. Nun, ihre Leser kennen die Geschichte des krainischen Parteilebens zur genüge, um die Unwahrheit dieser stolzen Phrase richtig zu beurtheilen, und es ist den Altslowenen nicht zu verargen, wenn sie ihre zeitweiligen Allirten trotzdem mit nicht zu verkennender Geringschätzung behandeln.

In den klericalen Organen hat der Kampf gegen Dr. Razlag, der sich weigerte, die bekannten Bleiweiß'schen Telegramme an Dr. Banhans zu unterzeichnen, neuerdings begonnen, und der „Slovenski Narod“ besitzt nicht den Muth, das tactvolle Vorgehen des maßvollen und besonnenen Deputirten in Schutz zu nehmen.“

— (An Petitionen.) Liegen dem österreichischen Abgeordnetenhaus vor: 1. die Petition der Amtsbienner der Landeshauptstadt Laibach um Regelung ihrer Dienstverhältnisse und um Festsetzung ihrer Alterszulage; 2. die Petition der Notare Krains um Befreiung der Zuweisung von Mobilienverkäufen an Notare aus dem diesbezüglichen Gesetzentwurfe.

